

**Inhalt:**

- Nach der Bundestagswahl – was wird anders bei der Bundeswehr?
- Missachtung des Primats der Politik? ISAF-Befehlshaber McChrystal setzt Präsident Obama unter Druck
- Absicherung im Auslands-Einsatz – wie Versicherungsunternehmen Bundeswehr-Soldaten im Stich lassen
- Videowettbewerb zu Afghanistan-Einsatz als Öffentlichkeitsarbeit? Streit zwischen Bundeswehr und NATO-Kommando

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

In Berlin hat die Große Koalition ausgedient. Künftig werden Unionsparteien und FDP regieren. Koalitionsverhandlungen stehen an. Was bedeutet Schwarz-Gelb für die Bundeswehr? Den größten Gegensatz zwischen den Koalitionären gibt es bei der Wehrpflicht. Denn die FDP möchte diese Wehrform gerne aussetzen – aus einer Vielzahl von Gründen. Die Union lehnt das ab. Bundeskanzlerin Merkel einen Tag nach der Bundestagswahl:

**O-Ton Merkel**

„Ich weiß nicht, wo die Einigung heute schon liegt. Wir sind für die Wehrpflicht und ich glaube, die Bundeswehr hat auch ein Anrecht auf Kontinuität und auf Berechenbarkeit. Wir haben schwierige Auslandsmissionen. Das werde ich jedenfalls vorbringen. Aber ich kann die Koalitionsergebnisse nicht vorwegnehmen. Ich würde mir jedenfalls als Angehöriger der Bundeswehr erst mal keine Sorgen machen.“

Viele Soldaten machen sich aber Sorgen. Nicht wegen der Wehrpflicht, denn hier wird sich die FDP nicht durchsetzen. Hauptsorge ist die Finanzausstattung

der Streitkräfte. Die Kassen sind leer, und mehr Mittel wird es auch unter der neuen Regierung nicht geben. Insofern gibt es hier in der Tat eine Kontinuität. Schließlich befindet sich Deutschland in einer Wirtschaftskrise. Außerdem haben die angehenden Regierungspartner Steuerentlastungen angekündigt. Kontinuität gibt es vermutlich auch an der politischen Spitze der Bundeswehr. Der glücklos agierende Franz Josef Jung wird wohl weiter Verteidigungsminister bleiben. Außerdem ist absehbar, dass schon demnächst zusätzliche Soldaten nach Afghanistan geschickt werden. Die gegenwärtige Obergrenze von 4.500 Soldaten wird im Dezember vom Bundestag wohl deutlich erhöht werden. Die damit verbundenen Probleme aber bleiben. Die Bundeswehr muss weiterhin versuchen, sich Durchzuwursteln.

Die weiteren Themen in Streitkräfte und Strategien:

- Missachtung des Primats der Politik? ISAF-Befehlshaber McChrystal setzt Präsident Obama unter Druck.
- Absicherung im Auslands-Einsatz – wie Versicherungsunternehmen Bundeswehr-Soldaten im Stich lassen. Und:
- Videowettbewerb zu Afghanistan-Einsatz als Öffentlichkeitsarbeit? Streit zwischen Bundeswehr und NATO-Kommando.

Wie geht es weiter am Hindukusch? Glaubt man dem amerikanischen ISAF-Befehlshaber, dann entscheidet sich im kommenden Jahr, ob die NATO in Afghanistan erfolgreich sein wird oder aber scheitert. Weitere US-Truppenverstärkungen werden von General McChrystal für unausweichlich gehalten. Doch der US-Präsident zögert. Er lässt jetzt seine erst vor wenigen Monaten verkündete neue Afghanistan-Strategie überprüfen. Hören Sie Andreas Dawidzinski:

#### Manuskript Andreas Dawidzinski

Seit Juni ist Stanley McChrystal ISAF-Befehlshaber in Afghanistan – als Nachfolger von General McKiernan, der nach nur kurzer Zeit sein Kommando abgeben musste. Von McChrystal erhofft sich die neue US-Regierung Fortschritte beim Kampf gegen die Aufständischen. Denn die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich in den letzten Jahren immer weiter verschlechtert. Präsident Obama

ma und seinem Team schien der Vier-Sterne-General der richtige Mann zu sein, die im März verkündete neue Afghanistan-Strategie des US-Präsidenten umzusetzen. Ihre zentralen Elemente: Pakistan soll stärker als bisher in den Fokus rücken, zudem gilt es, den zivilen Aufbau des Landes stärker voranzutreiben. Außerdem sollen die Truppen aufgestockt werden. Obama hatte unmittelbar nach seinem Amtsantritt den Hindukusch zur Chefsache gemacht. Der US-Präsident war bereit, alle hierfür benötigten Ressourcen bereitzustellen:

#### O-Ton Obama

„We will use all elements of our national power to defeat al Qaeda, and to defend America, our allies, and all who seek a better future.“

Ende des Jahres werden insgesamt 68.000 US-Soldaten in Afghanistan im Einsatz sein.

Um die neue Afghanistan-Strategie des US-Präsidenten umzusetzen, kündigte McChrystal nach der Kommandoübernahme eine neue Vorgehensweise an. Im Mittelpunkt der militärischen Anstrengungen sollte nicht der Kampf gegen die Taliban stehen, sondern der Schutz der afghanischen Bevölkerung. Ihnen Sicherheit zu geben, müsse das oberste Ziel der Militärmission sein. Dieser Ansatz basiert auf Erfahrungen der US-Truppen aus dem Irak. Dort entwickelte General David Petraeus, jetzt Chef des CENTCOM-Militärkommandos und damit der Vorgesetzte von McChrystal, ein Konzept zur Aufstandsbekämpfung. Militärexperten sprechen von Counterinsurgency, oder kurz COIN. An diesem Konzept orientiert sich nun auch McChrystal in Afghanistan. Inzwischen hat der ISAF-Befehlshaber mehrere Richtlinien für die internationalen Truppen herausgegeben. Sie erfordern eine Umdenken der Militärs – ganz im Sinne des neuen Konzepts. General McChrystal:

#### O-Ton McChrystal (overvoice)

„Ich glaube, dass oft sehr viel wirkungsvoller und viel wichtiger als den Feind zu attackieren, folgendes ist: Der Kontakt zu den Menschen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, die Situation wirklich zu verstehen, um dann alles zu tun, um die Menschen zu schützen. Da müssen wir uns verbessern.“

Zum neuen Ansatz gehört u.a., Luftangriffe auf ein Minimum zu reduzieren – weil der Tod von Zivilisten nicht immer ausgeschlossen werden kann. Im Zweifel sollen die militärischen Führer auf Luftnahunterstützung ganz verzichten. Eine Herausforderung für die Truppe, weil dies ein Umdenken erfordert. Der von der Bundeswehr am 4. September angeforderte Luftangriff auf zwei von den Taliban entführte Tankklaster bei Kundus steht aus Sicht des ISAF-Befehlshabers im Widerspruch zu dem verkündeten Kurswechsel – auch wenn die Untersuchungen über den Luftschlag offiziell noch nicht abgeschlossen sind. Eine afghanische Kommission ist kürzlich zu dem Ergebnis gekommen, dass bei dem Luftangriff 99 Menschen getötet worden sind, unter ihnen auch 30 Zivilisten. General McChrystal war über die Anordnung des Luftschlages durch den deutschen Kommandeur von Kundus offensichtlich verärgert. Hinter vorgehaltener Hand wird inzwischen auch von Bundeswehr-Offizieren eingeräumt, bei der Anforderung des Luftangriffs seien Fehler gemacht worden – auf die Bedrohungssituation habe man nicht angemessen reagiert.

ISAF-Befehlshaber McChrystal hatte sich nach dem Angriff mit einer Video-Botschaft an die afghanische Bevölkerung für mögliche Opfer in der Zivilbevölkerung entschuldigt. Außerdem begab sich der General unverzüglich nach Kundus, um sich selbst ein Bild über die Folgen des verheerenden Luftangriffs zu machen. Im Tross des Generals reiste auch ein Journalist der WASHINGTON POST, der an den vertraulichen Gesprächen mit dem deutschen Kommandeur teilnehmen durfte. In der US-Zeitung waren wenig später Einzelheiten der Unterredung zu lesen. Auf diese Weise machte McChrystal offensichtlich seinem Ärger über den Vorfall Luft. Dieses Vorgehen sorgte wiederum bei der Bundeswehr für Unmut. Von einer Vorverurteilung war die Rede.

Der neue ISAF-Befehlshaber weiß offenbar, seine jeweiligen Botschaften in die Öffentlichkeit zu bringen. Das musste mittlerweile auch die Obama-Administration erfahren. McChrystal sollte nach Übernahme des ISAF-Kommandos eine schonungslose Bestandsaufnahme des Afghanistan-Einsatzes machen. Am 30. August war dieser mehr als 60 Seiten umfassende Bericht fertiggestellt. Der Vier-Sterne-General gab darin eine düstere Lageeinschätzung. Der Report gelangte schnell in die Öffentlichkeit. Auf der Website

der WASHINGTON POST konnten Interessierte sich den Bericht herunterladen. McChrystal warnte darin vor einer Niederlage am Hindukusch. Ohne zusätzliche Soldaten könnte die Afghanistan-Mission scheitern. Der US-General fordert mehr Ressourcen, u.a. mehr zivile Helfer sowie eine größere Flexibilität beim Einsatz der verbündeten Truppen. Außerdem ist für den ISAF-Befehlshaber die Anhebung der afghanischen Sicherheitskräfte auf eine Stärke von 400.000 notwendig - das entspricht einer Verdopplung der bisherigen Zielgröße.

Der General hat für seinen Vorstoß die Rückendeckung seiner militärischen Vorgesetzten. Angaben, wie viele zusätzliche Soldaten in Afghanistan benötigt würden, macht der General in dem vorgelegten Bericht nicht. Darauf wurde bewusst verzichtet, wohl wissend, dass die Bestandsaufnahme allein und die darauf basierenden Forderungen schon für genug Aufregung in Washington sorgen würden.

In der vergangenen Woche hat McChrystal seine Truppenanforderungen an Generalstabschef Mullen nachgereicht – während eines Treffens der Spitzenoffiziere auf dem US-Stützpunkt in Ramstein. Es heißt, der ISAF-Befehlshaber würde rund 30.000 zusätzliche US-Soldaten benötigen.

Die Forderungen des Militärs haben den US-Präsidenten in eine schwierige Situation gebracht. Obama steht unter Zugzwang. Denn aus Sicht des ISAF-Befehlshabers kann nur bei einer weiteren Aufstockung der Truppen die von Obama verkündete Afghanistan-Strategie umgesetzt werden. Zugleich bröckelt in den USA aber die Heimatfront. Laut einer Umfrage des US-Fernsehsenders NBC glauben inzwischen rund 60 Prozent der Amerikaner, die Mission am Hindukusch werde scheitern. Mehr als 50 Prozent wenden sich gegen die von McChrystal geforderten Truppenverstärkungen. Dabei sieht das von den US-Militärs propagierte Konzept der Aufstandsbekämpfung u.a. vor, immer dort mit eigenen Kräften präsent zu sein, wo die Bevölkerung lebt. Damit aber machen sich die Truppen verwundbar, die Gefährdung der Soldaten durch Anschläge wächst. So sind im Juli und August fast 100 US-Soldaten getötet worden. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 42. Die Zahl der getöteten Zivilisten

ging dagegen in dieser Zeit von über 150 im vergangenen Jahr auf weniger als 20 zurück.

Im Weißen Haus wird nun darüber nachgedacht, wie mit der neuen Truppenanforderung umzugehen ist. Man will sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen, heißt es. Jetzt ist die erst im März vom Präsidenten verkündete Afghanistan-Strategie auf dem Prüfstand. Barack Obama im vergangenen Monat:

O-Ton Obama (overvoice)

„Wir müssen eine Neubewertung vornehmen, und zwar unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte. Wir müssen uns dabei auf das ursprüngliche Ziel konzentrieren, nämlich Al Qaida zu kriegen, also die Leute, die 3.000 Amerikaner getötet haben. Wenn unsere Strategie diesem Ziel dient, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Wenn die Strategie anfängt, sich von diesem Ziel zu entfernen, dann haben wir ein Problem.“

Das wäre dann aber auch ein Problem des US-Präsidenten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der forsche McChrystal bei einer Ablehnung seiner Truppenanforderung das Handtuch wirft. Ein Rückzug des ISAF-Befehlshabers bliebe jedoch nicht ohne Folgen für den US-Präsidenten - insbesondere, wenn sich die Situation am Hindukusch weiter verschlechtert. Die Militärs hätten dringend benötigte Verstärkungen nicht bekommen, würde der Vorwurf an den US-Präsidenten lauten.

Im Weißen Haus tut man sich daher zurzeit sehr schwer. Die Berater von Obama sind sich nicht einig, wie man mit der Truppenanforderung umgehen soll. In den USA fordern Abgeordnete und Senatoren bereits, den ISAF-Befehlshaber vor dem Kongress anzuhören.

Für McChrystal und die US-Militärführung kann der Krieg am Hindukusch nur durch eine Strategie der Aufstandsbekämpfung erfolgreich beendet werden. Counterinsurgency setze aber die Entsendung weiterer Soldaten voraus.

Einen anderen Ansatz verfolgen Kritiker dieser Strategie. Zu ihnen gehört auch Vizepräsident Biden. Er war bereits gegen die Anfang des Jahres von Obama angekündigte Aufstockung der US-Truppen in Afghanistan. Die USA sollten

sich vor allem auf den Kampf gegen Al Qaida und ihrer Helfer konzentrieren, so der Vizepräsident. Dazu bräuchte man erheblich weniger Soldaten. Militäroperationen vor allem mit Special Forces, Kampfflugzeugen und Drohnen, so die Vorstellung. Counterterrorism statt Counterinsurgency – Terrorismusbekämpfung statt Schutz der Bevölkerung. Das sind etwas vereinfacht die Schlagworte der Gegner einer Truppenaufstockung.

Und der Vorsitzende des Streitkräfte-Ausschusses des Senats, Carl Levin, empfiehlt dem US-Präsidenten, sich noch stärker als bisher auf die Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Sicherheitskräfte zu konzentrieren:

#### O-Ton Levin

„I am recommending to the President that first of all before a new reconsideration is made of additional combat forces that we get the Afghan army bigger and better equipped.“

Ein anderer Einwand gegen das Konzept der Aufstandsbekämpfung ist, dass es nur dann funktionieren kann, wenn die Afghanen auch Vertrauen in die eigene Regierung haben. Nach den massiven Wahlfälschungen bei der Präsidentschaftswahl hat Hamid Karsai aber erheblich an Legitimation verloren. Für ISAF und NATO ist er kein glaubwürdiger Partner mehr. Das von McChrystal verfolgte Konzept der Aufstandsbekämpfung hat daher nur geringe Aussichten auf Erfolg. Mit oder ohne zusätzliche US-Truppen.

\* \* \*

#### Flocken

Der Afghanistan-Einsatz wird für die Soldaten immer gefährlicher - auch wenn sich die Bundeswehr nach Lesart der Bundesregierung nicht im Krieg befindet. Die Rede ist weiter von einer Stabilisierungsmission. Versicherungsunternehmen sehen das allerdings anders. Und die Soldaten bekommen das zu spüren. Patrick Rohmann berichtet:

### Manuskript Patrick Rohmann

Auslandseinsätze sind inzwischen die Hauptaufgabe der Bundeswehr. Für die Soldaten bringt das Gefahren mit sich – zum Beispiel in Afghanistan. Sich gegen die Risiken zu versichern, die mit einem Einsatz verbunden sind, ist für deutsche Soldaten aber kaum möglich. Seit der Kosovo-Mission 1999 haben Unfall- und Lebensversicherungen in bislang 21 Fällen die Zahlung verweigert. Sie verweisen dabei regelmäßig auf die sogenannte Kriegsklausel. Diese schließt eine Zahlung für Schadensfälle aus, die im Zusammenhang mit Krieg oder Bürgerkrieg entstanden sind.

Das jüngste Beispiel ist der Fall des 21-jährigen Sergej Motz. Der Hauptgefreite war im April während einer Patrouillenfahrt bei Kundus in einem Feuergefecht getötet worden. Seine Lebensversicherung verweigerte die Auszahlung.

In den 20 vorherigen Fällen handelte es sich zwar nicht um Lebens- sondern um Unfallversicherungen, aber das grundsätzliche Problem ist das Gleiche: Verunglückt oder stirbt ein deutscher Soldat im Einsatz, muss er damit rechnen, dass seine Versicherung nicht zahlt. Eine Privatversicherung könne vom Grundsatz her keine Kriegsrisiken übernehmen, sagt die Sprecherin des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft, Ulrike Pott.

Zur Lösung des Problems ist bereits im Dezember 2004 das sogenannte Einsatzversorgungsgesetz verabschiedet worden. Es legt u.a. fest, dass der Staat einspringt, wenn die Versicherung nicht zahlt. Diese Zusage ist jedoch an einige Bedingungen geknüpft: Erstens zahlt der Staat nur für ausgebliebene Versicherungssummen bis maximal 250.000 Euro. Und zweitens muss die Versicherung bereits vor dem Einsatzbefehl auf den Namen des Soldaten abgeschlossen worden sein. Wird ein Soldat also in den Einsatz geschickt und hat zu diesem Zeitpunkt noch keine Lebensversicherung, so hat er ein Problem.

In diesen Fällen bleibt dem Soldaten nur noch die Möglichkeit, eine Spezial-Police abzuschließen – und zwar bei der Deutschen Beamtenversicherung, einem Kooperationspartner des Deutschen Bundeswehrverbandes. Diese Versicherung trägt treffenderweise den Namen „Afghanistan-Police“. Zu deutlich

erhöhten Konditionen kann man sein Leben so versichern, wobei die Versicherungssumme auf 150.000 Euro begrenzt ist. Eine einfach zu durchschauende und vor allem preiswerte Versicherung für Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz gibt es derzeit nicht.

Kompliziert werden die Versicherungsbedingungen vor allem durch die Unterscheidung von passivem und aktivem Kriegsrisiko. Das passive Kriegsrisiko: Gemeint ist, dass die abgeschlossene Lebensversicherung im Todesfall nur dann an einen Angehörigen ausgezahlt wird, wenn der Soldat zum Beispiel „lediglich“ ein Gebäude bewacht. Wird er aber während einer Patrouille in ein Gefecht verwickelt und kommt dabei zu Tode, dann zahlt die Versicherung nicht. So geschehen im Fall des Hauptgefreiten Motz, der – wie das Verteidigungsministerium betont – in Afghanistan gefallen ist. Aus Versicherungssicht handelte es sich im Fall Motz um das aktive Kriegsrisiko. Bis zuletzt hat sich die Versicherung hartnäckig auf die vereinbarte Klausel berufen. Die Familie, die auf 25.000 Euro aus der Lebensversicherung wartete, sollte leer ausgehen. Am Ende hat der Bund die 25.000 Euro an Familie Motz erstattet.

Seit einiger Zeit geht die Bundeswehr in Nordafghanistan offensiver gegen die Aufständischen vor. Doch bereits vor diesem Richtungswechsel, der offiziell keiner ist, kam es im deutschen Verantwortungsbereich regelmäßig zu Anschlügen und Hinterhalten. Bei den deutschen Versicherungen fällt daher die gesamte ISAF-Mission bereits seit einiger Zeit in den Bereich des aktiven Kriegsrisikos. Dies bedeutet, dass der Bund grundsätzlich einspringen muss, wenn eine Lebensversicherung für einen getöteten Deutschen nicht zahlen will. Obwohl dieser Zustand hinreichend bekannt war, blieb das Verteidigungsministerium lange untätig. Man sah offenbar keinen Handlungsbedarf. Das sollte sich im Sommer ändern. Der Grund: Zeitungen hatten über das Versicherungsproblem der Soldaten berichtet. Daraufhin ordnete Verteidigungsminister Franz Josef Jung eine Prüfung des Versicherungsschutzes für Soldaten an. Thomas Raabe, der Sprecher des Verteidigungsministeriums im Juli:

O-Ton Raabe

„Es ist so, dass das ein latentes Thema ist, was natürlich jetzt besonders offensichtlich geworden ist, da wir leider doch viele Fälle zu beklagen haben und natürlich trägt auch dazu bei, dass dieser Aspekt jetzt in der Öffentlichkeit besprochen wird.“

Bisher sind 16 der 35 getöteten deutschen Soldaten in Afghanistan bei Anschlägen und Gefechten ums Leben gekommen. Für den Verteidigungsminister ist die Afghanistan-Mission aber trotzdem kein Kriegseinsatz. Offenbar scheute das Ministerium auch wegen der unerwünschten Kriegsdebatte eine Klärung des Versicherungsproblems mit den deutschen Versicherern. Denn für die Branche befindet sich die Bundeswehr in Afghanistan im Krieg. Deswegen gibt es ja auch keine Leistungen von den Versicherungen. Erst nachdem sich die Medien mit dem Versicherungsproblem beschäftigt hatten, sah sich das Ministerium gezwungen zu reagieren. Man werde die Sache grundsätzlich prüfen, hieß es. Gespräche mit Versicherungsunternehmen wurden in Aussicht gestellt. Ministeriumssprecher Thomas Raabe:

#### O-Ton Raabe

„Gegebenenfalls müsste man darüber nachdenken, ob man mit den [Versicherungsunternehmen] einmal Kontakt aufnimmt und einfach mal bespricht. Das ist sicherlich auch eine Aufgabe der Politik: Wie gehen wir eigentlich damit um, dass Soldaten ihr Leben einsetzen für die Freiheit Deutschlands am Hindukusch und in Deutschland dann offensichtlich Probleme haben bei der Versicherung? Auch die Versicherer wollen ja sicherlich, dass die Bundesrepublik Deutschland weiterhin gut verteidigt wird. Und das geht nun einmal nicht ohne Soldaten.“

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums im Juli. Doch inzwischen ist klar – es ist weder mit den Versicherungen gesprochen worden noch sieht man einen Änderungsbedarf. Es bleibt alles wie bisher. Auf wiederholte Nachfragen von NDR Info räumt das Verteidigungsministerium schließlich ein, die Rechts- und Sachlage sei eingehend geprüft worden. Das Ministerium kommt zu dem Schluss: Die bestehende Regelung biete den Soldaten ausreichend Sicherheit. Zitat:

#### Zitat BMVg

„Grundsätzlich hält das BMVg die Berufung auf eine sogenannte Kriegsklausel bei Stabilisierungseinsätzen nicht für sachgerecht. Allerdings hat die Prüfung

gezeigt, dass Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz sowie deren Angehörige umfangreich abgesichert sind.“

Umfangreich abgesichert – die Familie des getöteten Hauptgefreiten Motz sieht dies sicherlich anders. Die 25.000 Euro, die die Eltern nach anfänglicher Ungewissheit vom Bund bekommen haben, dürften bestenfalls ein schwacher Trost für den Verlust ihres Sohnes sein.

Im Sommer hatte auch der Deutsche Bundeswehrverband angekündigt, gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium nach einem Ausweg zu suchen. Der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes, Wolfgang Schmelzer:

#### O-Ton Schmelzer

„Also hier müsste man auf die Gesellschaften mal eingehen, die haben auch eine gesellschaftliche Verpflichtung in dem Bereich. Ich würde es schon aktiv begrüßen, wenn wir in diesen Fällen auch eine Solidarität mit den großen Versicherungsgesellschaften haben und dass auch hier eine Leistung erfolgen müsste.“

Die Förderungsgesellschaft, die beim Bundeswehrverband für Versicherungen zuständig ist, verhandelt - aus Mangel an deutschen Alternativen - bereits seit längerer Zeit mit dem französischen Unternehmen AGPM. Dieser Versicherer war damals für die Soldaten der Fremdenlegion gegründet worden, die im Indochina-Krieg eingesetzt wurden. Man wollte den Soldaten für den Fall ihres Todes die Gewissheit geben, dass ihre Angehörigen ausreichend versorgt sind. Wolfgang Schmelzer:

#### O-Ton Schmelzer

„Für die französischen Streitkräfte, die ein anderes Absicherungssystem haben als wir in Deutschland, gibt es zwei Soldatenversicherer, die das Risiko nicht danach betrachten, ob aktives oder passives Kriegsrisiko vorliegt. Hier kann man sich gegen alle Möglichkeiten entsprechend auch mit einem sehr günstigen Beitrag versichern und das Risiko so abmildern. Also, wenn AGPM auf den deutschen Markt drängen würde, könnte ich mir schon vorstellen, dass einige Gesellschaften ihre Tarife noch einmal überarbeiten müssten, ob sie denn auch konkurrenzfähig sind.“

Auf ein Ergebnis der Verhandlungen mit AGPM wartet man allerdings bislang vergeblich. Einer der Gründe ist offenbar der Druck der deutschen Koopera-

tionspartner des Bundeswehrverbandes. Denn für die Deutsche Beamtenversicherung ist das französische Unternehmen ein gefährlicher Konkurrent im lukrativen Versicherungsgeschäft. Die angebotene „Afghanistan-Police“ könnte dann nämlich schnell zum Ladenhüter werden. Die Soldaten der Bundeswehr werden wohl weiterhin auf einen preisgünstigen Versicherungsschutz warten müssen.

\* \* \*

#### Flocken:

In Demokratien sind Auslandseinsätze auf Dauer gegen die Öffentliche Meinung nur schwer durchzuhalten. Das weiß man auch in der NATO. Das Bündnis versucht daher, neue Weg zu gehen, um der bröckelnden Unterstützung für den Afghanistan-Einsatz entgegenzuwirken. Doch die Bundeswehr macht nicht mit. Ute Hempelmann weiß, warum:

#### Manuskript Ute Hempelmann

Mit Twittern und Clips auf youtube wirbt das für den Afghanistan-Einsatz zuständige NATO-Kommando im niederländischen Brunssum für seinen Videowettbewerb: „Why Afghanistan matters“ – Warum uns Afghanistan etwas angeht. - Einsendungen von Soldaten? Ausdrücklich erwünscht:

#### O-Ton (Sprecherin)

„If you are in the military, currently serving or past serving in Afghanistan: Here is a great opportunity to showcase your talent in photography, videography or video-editing. Just make a video, three minutes at last, that explains why Afghanistan matters and send it to Joint Force Command Brunssum for a chance to win one of several camcorders.“

Für deutsche Soldaten wird es aber nichts mit der Teilnahme und dem Gewinn, ein paar Camcordern. Arne Collatz-Johannsen, Sprecher des Heeres im Bundesverteidigungsministerium, nimmt das Wort „Verbot“ nicht in den Mund. Doch seine Empfehlungen sind unmissverständlich:

#### O-Ton Collatz-Johannsen

„Zum einen sind unsere Soldaten eindeutig angehalten, keine einsatzrelevanten dienstlichen Ereignisse mit eigenen Mitteln in Bild und Ton festzuhalten. Ganz einfach, weil der einzelne Soldat vor Ort unserer Ansicht nach überfordert

ist, einschätzen zu können, welche Auswirkungen diese Nachricht, die er dort aufnimmt, im öffentlichen Raum erzielt. Wir haben auch - und das sind mehr als formale Beschränkungen - Rahmenbedingungen, die uns der Gesetzgeber hier auferlegt hat und da möchte ich das Soldatengesetz anführen. Da gibt es den Paragraph 15, der sich mit politischen Meinungsäußerungen beschäftigt und dort ist auch eindeutig für jeden Soldaten einheitlich festgehalten, dass er im Dienst in Uniform, sich nicht für oder gegen eine Frage von öffentlichem Interesse einsetzen soll. Insbesondere dann, wenn diese eine wesentliche Rolle im politischen Meinungskampf spielt. Und der Einsatz in Afghanistan, das sehen wir ja in der aktuellen Diskussion, ist eine solche Frage.“

Dem „politischen Meinungskampf“ setzt der Pressestab des Bundesverteidigungsministeriums das Prinzip „Fürsorge“ entgegen. Doch dabei sind die Grenzen zwischen Fürsorge und Bevormundung fließend. Die Folge: Das Ministerium fährt Slalom in seiner Öffentlichkeitsarbeit. Zwar haben auch andere Nationen Bedenken gegen den Videowettbewerb - die Belgier und einige osteuropäische Staaten, wie es heißt. Grünes Licht für die Aktion gab aber - ausgerechnet - ein Deutscher: Der Befehlshaber des Joint Force Command und Vier-Sterne-General Egon Ramms. Der begrüßt die Aktion, sagt der Initiator des Wettbewerbs, Tom Brouns – ein amerikanischer NATO-Offizier der Abteilung „Information and influence“:

#### O-Ton Brouns

„Unser General hier bei JFC Brunssum war ganz offen für die Idee. Die NATO selber hat sich am Anfang ein bisschen zurückgehalten, weil das sehr neu ist. Nach meiner Kenntnis hat die NATO nie so was gemacht und man muss immer vorsichtig sein, wenn es um 28 Länder geht und Konsens. Alle hatten am Anfang Bedenken - aber niemand hat gesagt: Nein, ihr sollt das nicht tun.“

Das Twittern und Posten, Chatten und Uploaden - also der öffentliche Austausch von Informationen, Daten und Meinungen via Internet gehört in Amerika inzwischen zur Alltagskultur. Sie setzt sich zunehmend auch in der NATO durch. So gibt es im Web einen eigenen Fernsehkanal: natochannel.tv. Dort werden fast täglich neue Videoclips eingestellt. Die Botschaft: Der Einsatz in Afghanistan macht Sinn. Der neue NATO-Generalsekretär folgt dem Trend moderner Massenkommunikation. Fogh Rasmussen verbreitet Neuigkeiten via Video und Twitter. In der „Secretary Generals Corner“ können Besucher der Website mit diskutieren. Einigen NATO-Streitkräften, so auch der Bundeswehr, ist das offenbar allzu basisdemokratisch. Deshalb die Vorbehalte. Zwar traute

sich offenbar niemand, dem NATO-Leuchtturmprojekt „Videowettbewerb für Soldaten“ im Vorwege eine Absage zu erteilen. Im Nachhinein aber werden „kulturspezifische Eigenheiten“ und nationale Richtlinien als Bremsen ins Feld geführt. Das Verteidigungsministerium sieht darin keinen Widerspruch:

#### O-Ton Collatz-Johannsen

„Der General Ramms ist ein NATO-General. Und wenn man diesen Ansatz so wahrnimmt, dass dort ein supranationaler Kommunikationsraum geschaffen werden soll, dann kann man das ja sicherlich unterstützen. Die ganze Diskussion um strategische Kommunikation in der NATO geht ja dahin, dass wir eine authentischere Information der Öffentlichkeit über die Einsätze leisten können, damit wir öffentlich mehr Vertrauen schaffen in die Einsätze, noch mehr Vertrauen und Zustimmung gewinnen können. Die Mittel sind dann eben aus unserer Sicht nicht immer auf supranationaler Ebene zu wählen. Wir sind strikt für eine Trennung der öffentlichen Information und der Informationsnutzung für den militärischen Bedarf.“

Mit anderen Worten: Die NATO in Brunssum kann agieren wie sie will. Auf nationalem Terrain aber gelten andere Regeln. Öffentlichkeitsarbeit sollte von psychologischer Kriegsführung und Propaganda weiterhin sauber getrennt werden – das ist die Sichtweise der Bundeswehr. Dieser Schlingerkurs weckt aber nicht unbedingt das Vertrauen in der Truppe und der eigenen Bevölkerung. Und bei der NATO wundert man sich. In dem Videowettbewerb würden diese Dinge nicht vermischt. Zu diesen Vorwürfen und anderen Einwänden Tom Brouns:

#### O-Ton Brouns

„Ich kann das nicht nachvollziehen. Wir können kontrollieren, dass niemand aus diesen Videos in Gefahr kommt, dass keine operationellen Details an die Öffentlichkeit kommen, dass alles rechtlich in Ordnung ist. Und dass es nicht beleidigend ist. Deswegen sehe ich die Gefahr als sehr gering an.“

Viel Lärm um nichts? Offenbar. Zumindest was die Beteiligung an der NATO-Initiative angeht. Mitte September, rund 5 Wochen vor Ende der Einsendefrist, waren in Brunssum gerade mal vier wettbewerbstaugliche Videos eingetrudelt. Mangelndes Interesse? Mangelnde Unterstützung der NATO-Mitgliedsländer? So oder so steht das Projekt unter keinem guten Stern. Offenbart es doch genau die Abstimmungsprobleme und Differenzen, die eine kluge Öffentlichkeitsarbeit für das Bündnis eigentlich vermeiden müsste. Und während das Vertei-

digungsministerium in Berlin die neuen Medien wie Internet, Web 2.0 und andere interaktive Beteiligungen in Deutschland bestenfalls zukünftig für gesellschaftsrelevant und - fähig hält, nutzt die NATO unter Federführung der Amerikaner diese sogenannten „Social media“ schon lange als Spielwiese, um die eigenen Interessen und Absichten besser durchzusetzen. So könne der Westen in der Propagandaschlacht um Afghanistan gegen die Taliban punkten, glaubt der amerikanische NATO-Offizier Brouns:

### O-Ton Brouns

„Die Medienlandschaft hat sich geändert. Alles ist jetzt möglich. Und wenn wir uns an die alten Regeln halten, wo nur die großen Organisationen die Information haben und an das Publikum weitergeben, dann wurden wir von der Zeit überholt. Nicht nur die Taliban sollen das [die neuen Medien] nutzen. Wenn wir versuchen zu kontrollieren, was an das Publikum geht und was nicht, dann werden wir nie erfolgreich sein.“

Gleichermaßen droht jedoch ein Misserfolg, wenn die in der Theorie aus einem Guss geformte Außendarstellung der NATO in der Praxis zu einem Flickenteppich nationaler Botschaften zerfällt. Dabei muss sich das Verteidigungsministerium die Frage stellen, ob es mit der Strategie einer straffen Informationskontrolle nicht das Gegenteil dessen erreicht, was es eigentlich beabsichtigt. Nebelkerzen und mangelnde Transparenz registriert die sensibilisierte Bevölkerung ebenso wie die eigenen Soldaten. Und der mündige Bürger in Uniform nimmt es seiner Führung übel, wenn sich hinter Restriktionen zum Wohl der „Political correctness“ doch nur ein inoffizieller Maulkorberlass verbirgt.

\* \* \*

### Flocken:

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung finden Sie in der Mediathek und als Podcast unter ndrinfo.de. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.